

eindringliche Analyse der Probleme des Intellektuellen-apostolats in den Missionen und bemerkte dabei u. a.: „Die Missionare sind gewiß . . . Träger des authentischen, aber in besonderen partikulären Formen inkarnierten Christentums. Rituelle Sprachen und Haltungen, Art des Empfindens und Formen des Betens, Art der Gedankenführung und ästhetischer Geschmack: es handelt sich um einen ganzen Lebensstil, dessen Züge wechseln könnten, ohne daß dabei die Substanz angegriffen würde . . . Einer Geisteshaltung verhaftet und von einer Kultur geprägt, die seit Jahrhunderten vom Evangelium durchdrungen wurde, werden sie instinktiv dazu geführt, beides zu vermengen. Die Folge ist, daß sie mit der Frohbotschaft eine Kultur vorstellen und unbewußt auferlegen, die den nichtchristlichen Völkern fremd ist, d. h. ein Gesamt von Dingen, dessen Beziehungen zum Christentum rein akzidentell sind. Da nun dieses Äußere der Religion — das, vermittelt dessen sie übertragen und zum Ausdruck gebracht wird — offenbar das am meisten Sichtbare ist, empfinden die Nichtchristen darob einen Schock, der sie davon abhält, in der Erforschung einer Wirklichkeit weiterzuschreiten, die ihnen die äußeren Erscheinungen verhüllt, statt sie zu enthüllen. Deshalb trennt die Enzyklika (*Princeps Pastorum*) einmal wieder mehr das Christentum von jeder geschichtlichen oder möglichen Kultur und drängt darauf, daß man systematisch alle Folgerungen aus dieser Stellungnahme zieht.“

Kehren wir noch einmal zur Betrachtung der Lage im Kongo zurück, der augenblicklich im Mittelpunkt der Weltorgen und auch der Sorgen der Kirche steht. Das Problem der Anpassung in diesem Lande wurde schon in der Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 231) prägnant gestellt. Hören wir nun noch einige Zitate aus einem Artikel der Agenzia Fides (Documentazione Nr. 27, S. 163—168), der inzwischen weite Verbreitung fand. Er trug den Titel: „Was wird aus der katholischen Kirche im Kongo?“ Es sei dabei bemerkt, daß die Propagandakongregation für den Inhalt der Veröffentlichungen der Agentur die Verantwortung übernimmt. In einem Unterabschnitt „Die Zeit der Besinnung“ heißt es dort: „Die Kirche in Afrika ist sich selbst ein Zeichen des Widerspruchs. Ihrem Auftrag nach katholisch und universal als der Leib des einzigen Christus und Herrn, kam sie, nach westlicher Art gekleidet, nach Afrika. Es mußte dies so sein, wollte sie ihre Botschaft in menschlichen Ausdrucksformen übermitteln. Aber dabei geschieht es, daß der Afrikaner, um sich den Geist der katholischen Kirche und ihre Ausdrucksformen anzueignen, versucht, wie die Okzidentalens zu denken; daß er ihre Riten und Gesänge, ihre Sprache und ihr Denksystem übernimmt, und zwar derart stark, daß es bei ihm gleichsam zu einer Persönlichkeitsspaltung kommt. Auf der einen Seite steht sein christliches Leben, auf der anderen sein tägliches Leben inmitten seiner afrikanischen Brüder. Die gebildeten Katholiken des Kongo empfinden mehr und mehr diese Kluft und leiden innerlich darunter . . . Und wenn man der Kirche vorwirft, die Persönlichkeit der Afrikaner verwirrt zu haben, fühlen sie wohl, daß die Antwort nicht einfach ist . . . Sie wird erst an dem Tage gegeben werden, wo sie als Katholiken ihren Brüdern das Gelingen der Gestaltung und Ausstrahlung einer wirklichen afrikanischen Persönlichkeit zeigen können.“ Es kann uns unter diesen Umständen nicht wundern, wenn der Verfasser feststellt, daß die verschiedenen Bewegungen Katholischer Aktion bei Jugend und Erwachsenen keine Zugkraft hätten und

mehr oder weniger am Rande des Lebens blieben, zumal sie noch völlig von der Initiative der Europäer abhängen. Der Abschnitt des Artikels schließt mit der Forderung: „Tiefe Anpassung an die afrikanische Seele, Bildung einer wirklichen afrikanischen Laienelite: das sind die vordringlichen Anliegen und Aufgaben der katholischen Kirche im Kongo.“

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick nach Indien. Die in Bombay erscheinende katholische Wochenschrift „The Examiner“ öffnete in den letzten Monaten des Jahres 1960 ihre Spalten einer Diskussion über die Anpassungsfrage. Der letzte Leserbrief zu dieser Frage („Indischer Katholizismus“, 3. 12. 60) enthielt den Satz: (Obwohl ich erst elf Jahre in Indien, und zwar in engster Berührung mit Hindus lebe) „kann ich wohl sagen, daß es hier in Kirche und Klerus nichts gibt, das nicht indischer Kultur und indischem Erbe und damit dem indischen Volk fremd wäre“. In der gleichen Nummer nimmt Dom Beda Griffiths OSB, der durch einen Aufsatz über indischen Katholizismus und indische Kultur die Kontroverse ausgelöst hatte, abschließend zu dem Thema Stellung. Die neuen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen Indiens seien einfach das Produkt der großen kosmopolitischen Zivilisation, die sich über die ganze Welt ausgedehnt habe. Die Anpassung daran sei mehr oder weniger ein Problem für die ganze Kirche. Der Hinduismus habe durch den Einbruch dieser Zivilisation gelitten, versuche aber schon, sich ihr anzupassen. Hinter dieser äußeren Entwicklung indes stehe die Seele Indiens unverletzt, die große Hindu-Kulturtradition, die der Kirche eine Anpassungsaufgabe stelle, wie sie ihr nur in den ersten Jahrhunderten des Imperium Romanum gestellt gewesen sei. Ohne die Lösung dieser Aufgabe — der Verfasser zitiert hier das Werk des Schweizer Gesandten in Delhi, Dr. Cuttat, „Die Begegnung der Religionen“ — sei Indien nie bekehrbar.

Wenn man das Problem der Aktivierung der Laien in den Missionen unter solchen Gesichtspunkten überdenkt, muß man zu der Auffassung kommen, daß dort die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Laienapostolat die Inkarnation des Glaubens in den Kulturen ist. Fehlt diese, so können kein methodisch noch so guter und inhaltlich auf die lebendige Vermittlung der Frohbotschaft ausgerichteter Katechismusunterricht, keine noch so gute Organisation des Apostolats, keine Bildung von Aktionszellen in den Pfarreien, kein Umwelt- und Sozialapostolat letzte und dauernde Durchschlagskraft haben. Zur Lösung dieser Frage ist aber nicht der einzelne Missionar imstande und berufen. Hier ist die Kirche selbst angesprochen, und sie wird in dieser Frage von seiten der Mission zweifellos auch auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil angesprochen werden.

## Ökumenische Nachrichten

### Der neue Rat der EKD

Die gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die wie die vorhergehende im Jahre 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 311 f.) in Berlin-Spandau tagte, und zwar vom 12.—17. Februar, war seit der ersten Synode nach der Gründung in Bethel (1949) die dritte, die nach Ablauf der sechsjährigen Legislaturperiode einen neuen Rat, das oberste Exekutivorgan der EKD, und einen neuen Präses der Synode, zugleich Mitglied des Rates, zu wäh-

len hatte. Als 1955 bei der Neuwahl des Rates in Espelkamp (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 305 f.) Präses G. Heinemann durch Prof. C. v. Dietze ersetzt wurde und Kirchenpräsident Niemöller seinen Platz im Rat wie als Leiter des Kirchlichen Außenamtes schon vorher unter Protest geräumt hatte, konnte in den wachsenden Spannungen infolge politischer Auffassungen die Kontinuität aufrechterhalten werden, weil sowohl Bischof Dibelius zum Vorsitzenden des Rates wie Landesbischof Lilje zu seinem Stellvertreter wiedergewählt wurden. Das war diesmal nicht möglich, denn Dibelius wollte sich aus Rücksicht auf sein hohes Alter nicht mehr zur Wiederwahl stellen. Außerdem wäre nach den internen Regeln für die Ablösung im Vorsitz, der zwölf Jahre von einem Mitglied der Evangelischen Kirche der Union ausgeübt worden war, der Lutheraner und Repräsentant der VELKD Hans Lilje an der Reihe gewesen, die Spitze zu übernehmen.

Aber diese Entscheidung wurde erschwert bzw. praktisch unmöglich gemacht, weil das Regime der Sowjetzone seit langem den Druck nicht nur gegen Dibelius, sondern erst recht gegen den sog. „Nato-Bischof“ Lilje verschärft hatte. Es war zu befürchten, daß bei einer in Pankow als Provokation angesehenen Wahl die weithin schon vorbereitete Zerreißung der EKD nicht mehr aufzuhalten gewesen wäre, zumal da Ulbricht drei Tage vor Beginn der Synode wilde Angriffe gegen die „Natopolitiker im bischöflichen Gewande“ aus der Bundesrepublik ausgesprochen hatte.

#### *Einheit als status confessionis*

Die Aufgabe der Synode war daher ganz eindeutig: alles zu tun, um die Einheit der EKD zu erhalten und keine billigen Vorwände zu ihrer Spaltung zu geben. Diese in vieler Hinsicht fragwürdige Einheit wurde diesmal geradezu zum status confessionis. So kam es, daß die zu erwartenden und üblichen Spannungen auf der Synode einen disziplinierten Verlauf nahmen bzw. hinter verschlossenen Türen ausgetragen wurden. Da die Presse reichlich über diese Seite der Synode berichtet hat, kann hier bis auf das sachlich notwendige Maß darauf verzichtet werden. Doch mag ein Wort zum Verständnis dieser Spannungen dienlich sein. Wer vom hierarchischen Begriff der katholischen Kirche her die Probleme der EKD beurteilt, wird ihnen nie gerecht. Die EKD ist keine Kirche, sondern nur ein Bund von konfessionell verschiedenen Kirchen; sie hat auch kein Lehramt und keine hierarchische Autorität mit verbindlicher Jurisdiktion. Sie ist daher jedesmal gezwungen, anstehende Entscheidungen in dem 120-köpfigen Gremium der Synode ausdiskutieren. Es ist keine Phrase, wenn dann solche Entscheidungen als ein Geschenk hingenommen werden. Dieses Verfahren, das größte Freiheit ermöglicht, erfordert aber auch eine hohe Übung brüderlicher Disziplin. Wer dafür keinen Sinn hat, sollte sich einmal fragen, wohin wir kämen, wenn auf katholischen Synoden keine hierarchische Autorität über die auch bei uns obwaltenden Gegensätze entschiede. Wer das ein wenig durchdenkt, gewinnt auch Verständnis für die hohen menschlichen Leistungen freiwilliger Disziplin, die immer wieder die EKD-Synoden auszeichnen. Die politische Belastung der Synode trat am ersten Tage anläßlich des Eröffnungsgottesdienstes in der Ostberliner Marienkirche in Erscheinung. Am Brandenburger Tor wurden auf Grund einer Schwarzen Liste die Bischöfe

Bender, Halfmann, Haug, Jacobi, Lilje und Wester sowie Präses Beckmann, ferner der Präsident der Kirchenkanzlei Brunotte und der Präses der Synode, v. Dietze, sowie andere westdeutsche Synodalen von der Volkspolizei zurückgewiesen. Militärbischof Kunst konnte passieren. Mit Rücksicht auf die Lage hatten der Regierende Bürgermeister W. Brandt und Bundesminister Ernst Lemmer auf die Teilnahme am Eröffnungsgottesdienst verzichtet, Bundestagspräsident Gerstenmaier war am Erscheinen verhindert. Die zurückgewiesenen westdeutschen Synodalen mußten daher in der Spandauer Stiftskirche einen eigenen Gottesdienst abhalten. Der Gottesdienst in der vollbesetzten Marienkirche, den Landesbischof Noth hielt, verlief ohne Störungen.

Am nächsten Tage begründete der Synodale Heinemann im Plenum der Synode einen Protest gegen die Behinderung des gemeinsamen Gottesdienstes am Vortage, und Bischof Krummacker, Greifswald, gab eine grundsätzliche Erklärung ab, die sich auf Artikel I der Grundordnung der EKD berief, wonach „in der Evangelischen Kirche in Deutschland die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar wird“. Dazu sagte er:

„Diese sichtbare Einheit der evangelischen Christenheit in ganz Deutschland ist für uns, unsere Gliedkirchen und unsere Gemeinden als Geschenk Gottes unaufgebbar. Die politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Unterschiede können uns nicht trennen, weil die Gemeinschaft des Glaubens an den Herrn Jesus Christus stärker ist als alle Verschiedenheiten des öffentlichen Lebens. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag Gottes an unserem zerrissenen Volk und sind zu gemeinsamem Dienst aneinander gebunden . . . Die Glaubwürdigkeit und Freiheit kirchlicher Entschlüsse im Osten und Westen unseres geteilten Vaterlandes sind untrennbar verbunden mit der Einheit und Gemeinschaft unseres kirchlichen Lebens . . .“ Die Wochenzeitung „Christ und Welt“ (17. 2. 61) bemerkte zu dieser mutigen Erklärung: „Der Rubikon ist überschritten“, eine gemeinsame Glaubensentscheidung aller mitteldeutschen Bischöfe sei gefallen, was auch kommen mag. Am folgenden Tage sprach sich der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, der als Gast an der Synode teilnahm, im Namen des Weltrates für das Recht der EKD auf Wahrung ihrer Einheit aus.

#### *Aus dem Abschiedsbericht von Bischof Dibelius*

Bischof Dibelius gab diesmal seinen letzten Rechenschaftsbericht, der zugleich eine Art kirchenpolitisches Testament darstellt. Er ging zurück bis auf die Vorbereitungen zur Gründung der EKD im Jahre 1946 mit all den konfessionellen Schwierigkeiten, die durch die vorausgehende Gründung der Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) entstanden waren. Er sagte es als Mann der Union ganz offen: „Das war keine Integration aus freudiger Zusammenarbeit der Landeskirchen!“ Um so mehr sei er stolz darauf, daß trotz der konfessionellen Schwierigkeiten, die es z. B. unmöglich machen, daß Rat oder Synode der EKD in Bekenntnisfragen Entscheidungen treffen können, die Einheit erhalten geblieben und die Zusammenarbeit im Rat einmütiger geworden sei. Er kam sodann auf die besonderen Schwierigkeiten zu sprechen, die das theologische Denken (unter Einfluß von Karl Barth) in den letzten zwölf Jahren mit sich gebracht und das zu den bekannten Spannungen in der Frage des Friedens, der

Aufrüstung, der Kriegsdienstverweigerung und der Atomwaffen geführt habe, Spannungen, die bis in die Verwaltung der Sakramente hineinreichen; denn es gebe Pfarrer, die zwar anderer Leute Kinder auf Verlangen taufen, ihre eigenen Kinder aber nicht mehr taufen, weil sie die bewußte Glaubensentscheidung des Erwachsenen über die Kindertaufe stellen. Dibelius sagte, man habe es im Rat so gehalten, daß man soweit als möglich andersdenkende Brüder nicht majorisiert habe. Es gebe auch keine kirchliche Richtung, die nicht im Rat wenigstens einen Freund und Fürsprecher habe. Allerdings sei dies Verfahren für die Schlagkraft des Rates eine ungeheure Hemmung gewesen, so daß er seiner öffentlichen Verantwortung nicht in dem erforderlichen Ausmaß habe entsprechen können. Dibelius scheute sich nicht, die negative Seite der inneren Zerrissenheit zu kennzeichnen: „Wir sollten in den mancherlei theologischen und kirchenpolitischen Kreisen einmal darüber nachdenken, wieweit die von uns erarbeiteten Worte, Kundgebungen und Resolutionen heute noch in den freien Raum der Welt hinausdringen und wieweit sie in einem kirchlichen Getto steckenbleiben.“ Es sei ein Glück, daß die Gemeinden von den extremen theologischen Thesen, die auf den Synoden zur Sprache kämen, völlig unberührt blieben. „Ich würde dies alles nicht sagen, wenn ich nicht zu sehen glaubte, daß aus dieser Selbstüberschätzung der theologischen Meinungsbildung nun doch eine schwere Gefahr für unsere Gesamtkirche heranwüchse, und zwar deshalb, weil die Freudigkeit zur verfaßten Kirche darüber verlorenzugehen droht.“ Er wolle die Entwicklung der Theologen nicht schelten, aber das müsse er leider feststellen, es gehe „ein Zug zum Intellektualismus“ durch die lebende Generation der Theologen, ein Zug zur „Religion ohne Entscheidung“. So könne man die Gefahren, die von außen drohen und den Ordnungen der Kirche eine politische Lebensordnung mit atheistischen Weihstunden entgegensetzen, nicht bestehen.

„Und was geschieht in solcher Stunde? In einer der östlichen Gliedkirchen hat die Synode zur Konfirmationsfrage einen Beschluß gefaßt, der die Konfirmation in ihrem bisherigen Sinne praktisch abschafft. Derselbe Geist, der an der Preisgabe der Konfirmation beteiligt ist, macht sich nun auch an die Taufe heran.“ Eine wachsende Zahl von Pfarrern weigere sich, die eigenen Kinder zu taufen, weil sie täglich mit ansehen, wie viele Eltern gar nicht daran denken, ihre Kinder christlich zu erziehen, was sie bei der Taufe versprochen haben, und daß unter dem Diktat eines kommunistischen Regimes eine christliche Erziehung fast unmöglich wird. Sie wollen — in der Sprache der dialektischen Theologie — „ein Zeichen aufrichten“ und die Christen auf eine Zukunft vorbereiten, die andere Wege des Glaubenszeugnisses suchen werde. Es gehe aber nicht an, daß Pfarrer in einer Zeit, da die Kirche zu einem Kampf auf Tod und Leben gefordert sei, die eigene private theologische Ansicht über die Ordinationsverpflichtung der Kirche stellen und mit den Sakramenten „nach ihrem Belieben umspringen“. Er, Dibelius, bekenne sich nach wie vor zur einen, heiligen, allgemeinen Kirche, wie sie ihm in der Kirche von Fleisch und Blut, nämlich der evangelischen Kirche, gegeben sei. „Deshalb ist meine Theologie eine Theologie der Dankbarkeit.“

Nach einem Überblick über die kirchenpolitischen Fragen der Berichtszeit und die modernen Aufgaben der Seelsorge formulierte Bischof Dibelius am Schluß seinen Wunsch dahin: „Jetzt beginnt die dritte Epoche der EKD . . . , jetzt

sollte nicht länger das Verwalten im Vordergrund stehen, sondern die Leitung, die die Stimme der evangelischen Christenheit Deutschlands im öffentlichen Leben laut werden läßt . . .“ (Evangelische Welt, 16. 2. 61).

### Die Wahlen

Wie immer, so wurde auch diesmal für die Neuwahlen ein Nominierungsausschuß gebildet, der die Aussprache über die Kandidaten im geheimen durchführte und dann einen ausgereiften Vorschlag präsentierte. Der erste Wahlakt galt dem neuen Präses der Synode. Einmütig wurde Ministerialrat Dr. Puttfarcken, Wiesbaden, Jurist und Leiter der Personalabteilung im hessischen Justizministerium, gewählt, ein gebürtiger Rheinländer aus Düsseldorf. Nach sechsmaliger Vertagung der Synode gelang es auch, die Liste der weiteren 11 Ratsmitglieder vorzulegen, deren Wahl mit Zweidrittelmehrheit erfolgen muß. Gewählt wurden Landesbischof Haug, Stuttgart (mit 134 von 146 abgegebenen Stimmen), Dr. Heinemann, Essen (132), Bischof Krummacher, Greifswald (141), Landesbischof Lilje (128), Präses Mager, Dresden (137), der reformierte Moderator Niesel (122), Oberkirchenrat Riedel, München (135), Präses Scharf, Berlin (140), Landessuperintendent Smidt, Detmold (125), und Präses Wilm, Bielefeld (135). Dagegen erhielt der thüringische Landesbischof Mitzenheim, Eisenach, der auf der Liste stand, nur 76 Stimmen und wurde später gegen den lutherischen Bischof von Mecklenburg, Dr. Beste, ersetzt. Dieser Zwischenfall war ziemlich ernst. Mitzenheim ist bekannt geworden durch seine reichlich konformistische Haltung gegenüber dem Regime von Pankow, und die Zonenpresse hat seine Wahlniederlage entsprechend verurteilt. Dr. Beste aber ist wie Präses Scharf einer der ältesten Vorkämpfer der Bekennenden Kirche in seiner Heimat.

Die größte Schwierigkeit bildete wie schon 1949 in Bethel die Wahl des Ratsvorsitzenden, obwohl er im Grunde keine hierarchische Funktion hat und wirklich nur dem Rat vorsitzt. Dem Anspruch der VELKD für Bischof Lilje stand von vornherein die politische Lage im Wege. Es konnte sich also nur darum handeln, wer diesmal mit ähnlichen Rücksichten, wie sie schon in Bethel vorherrschten, aus den Kirchenführern der Ostzone genommen würde. Bischof Krummacher hatte große Chancen. Er kommt wie Dibelius aus der Kirchenverwaltung. Aber dann setzte sich die Kandidatur von Pfarrer D. Kurt Scharf durch, Präses der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, der also mit einem Bein in West-Berlin und mit dem anderen in der Zone steht, so daß er bei seinen verhältnismäßig guten Beziehungen zu Pankow die größte Chance hat, in seiner Person die Einheit der EKD zu gewährleisten. Freilich kam er erst im vierten Wahlgang durch, nachdem er noch im dritten keine Zweidrittelmehrheit, sondern nur 109 Stimmen erhalten hatte. Diese Mehrheit kam erst zustande, als Landesbischof Lilje freiwillig auf seine Kandidatur verzichtete und sich mit dem stellvertretenden Vorsitz begnügte. Dieser Verzicht ist gewiß ein Akt der Bescheidenheit und des politischen Realismus, er ist aber sicher auch auf Garantien gegründet, die der VELKD durch den neuen Vorsitzenden Präses Scharf vorher gegeben werden mußten.

Die Wahl von D. Scharf ist ein Ergebnis kluger Berechnung der kirchenpolitischen Chancen, sie stellt aber auch einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der EKD dar. Bei ihrer Gründung kamen die Männer der Bekennenden

Kirche zu kurz, zum Teil deshalb, weil sie nicht zur Stelle sein konnten, und es überwogen die Einflüsse der Männer der alten kirchlichen Tradition. Jetzt ist mit Präses Scharf der ehemalige Vorsitzende des Bruderrates der Bekennenden Kirche von Brandenburg an die Spitze getreten. Er repräsentiert seit 1933 eine lebendige Tradition besonderer Art. 1902 als Sohn eines Buchhändlers in Landsberg a. d. Warthe geboren, machte er sein theologisches Studium ohne besonders auffallende Merkmale durch. Im Kirchenkampf stand er seinen Mann mit allen Leiden, die dazugehören, immer lauter und bescheiden, immer ohne unnötigen Radikalismus zu allem bereit. So ist er auch der Theologie seines Freundes Heinrich Vogel, des Freundes von Karl Barth, nie verfallen, steht ihr aber offener gegenüber als Dibelius. Während dieser zwar kein hierarchisches Amt, doch hierarchische Gaben in reichem Maße besaß, hat Scharf nicht einmal den Willen, hierarchisch aufzutreten. Er wird einen neuen Stil der Leitung in die EKD bringen. Man wird abwarten müssen, wie er sich auswirkt und wie er den Lutheranern der VELKD gefällt.

### *Entschließungen der Synode*

Obwohl wenig Zeit neben der Hauptaufgabe der Neuwahlen blieb, konnte die Synode in einigen wichtigen Sachfragen wenigstens vorläufige Entscheidungen treffen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Atomwaffenfragen, Prof. Raiser, mußte berichten, daß man über die Positionen und Gegensätze von 1958 noch nicht hinausgekommen sei (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 415—419). Der Ausschuß erhielt das Mandat, weiterzuarbeiten. Der Ausschuß für die Frage der Konfirmation hat sich damit begnügt, zum Kurztreten zu raten und neue Vorschläge für eine gemeinsame Regelung zu erarbeiten. Auf Vorschlag von Präses Wilm wurde anlässlich der Vorkommnisse von Hamburg eine klare Entschließung gegen die medizinische Tötung unheilbar Kranker angenommen. Auch wurde das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen SS-Führer Eichmann in Israel zum Anlaß einer Entschließung gewählt, in der es u. a. heißt, die Gemeinden möchten dafür beten, „daß unser deutsches Volk in der erneuten Begegnung mit diesen furchtbaren Geschehnissen den Anruf Gottes vernehme . . . Alle überlebenden Deutschen, die in urteilsfähigem Alter die Greuel der Judenverfolgung miterlebt haben, auch die, welche jüdischen Mitbürgern in Bedrängnis beigestanden haben, müssen vor Gott bekennen, durch ihren Mangel an wachsender und opferbereiter Liebe mitschuldig geworden zu sein.“ Eine weitere Erklärung betraf die nicht zum Schweigen kommende Frage des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer: „Wenn nach gliedkirchlichen Ordnungen Pfarrer oder besondere Beauftragte der Gliedkirchen der EKD als Beistände für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen auftreten, handeln sie im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit.“ Schließlich wurde beschlossen, die Aktion „Brot für die Welt“ alljährlich zu wiederholen.

**Die Moskauer Patriarchatszeitschrift polemisiert gegen den Vatikan**

Mit einer seit längerem nicht mehr vernommenen Schärfe hat ein im Novemberheft des Journals des Moskauer Patriarchats erschienener Artikel den Vatikan und seine Tätigkeit als Zentrum des „politischen Katholizismus“ angegriffen (JMP Nr. 11, 1960, S. 40—47).

Der Autor wiederholt die aus der antireligiösen und außenpolitischen Propaganda der Sowjets stammenden und hinlänglich bekannten Vorwürfe und Beschuldigungen an die Adresse Roms und entwirft ein düsteres Bild von der Tätigkeit des Vatikans, der für die Entfesselung der beiden Weltkriege, für die politischen Spannungen des kalten Krieges, Begünstigung der kapitalistischen Ausbeutung der Menschen und für die Unterdrückung der Kolonialvölker mitverantwortlich gemacht wird.

Das Ziel des Artikels ist es offenbar, dem Ansehen des neuen Papstes Johannes XXIII. entgegenzuwirken. Wohl habe Johannes XXIII. mit seinen ersten Maßnahmen und Aufrufen den Eindruck eines „guten Hirten aller Menschen“ hervorrufen wollen, und der Autor kann nicht umhin, die Appelle des Papstes für den Frieden und die christliche Wiedervereinigung und seine „freundschaftliche Haltung“ der Orthodoxen Kirche gegenüber zu erwähnen — ein Zeichen dafür, wie weit diese päpstlichen Appelle gewirkt haben. Aber, versichert er warnend, „wir verhalten uns auch dem Papst Johannes XXIII. gegenüber zurückhaltend, ungeachtet des friedliebenden Charakters seiner Erklärungen“. Nicht nur die Kardinalumgebung des Papstes und die Tätigkeit der Kurie gäben zu dieser Reserve Anlaß, sondern der Papst selbst, der, wenn man seine Weihnachtsbotschaften von 1958 und 1959 aufmerksam studiere, letztlich doch nicht den Eindruck mache, daß er den „aggressiven politischen Kurs des Vatikans“ aufgeben wolle, obwohl gewisse Anstalten zu einer Reorganisation und Gesundung des Kardinalkollegiums getroffen worden seien. „Gesetzgebung und Propaganda des Vatikans verhalten sich weiterhin feindlich gegen den heiligen Kampf der Menschheit für einen dauerhaften Frieden auf Erden und für gegenseitige Völkerfreundschaft.“

Mit gewissen Ansätzen bemüht sich der Verfasser auch um eine theologische Begründung seiner antirömischen Ausfälle. Die Errichtung der „gerechten Gesellschaft“ suche der Vatikan durch die Prinzipien der christlichen Bruderliebe und auf der Grundlage der Transzendenz und Übernatürlichkeit der menschlichen Persönlichkeit zu verwirklichen, die deren einzig wahrer Maßstab seien. Das Wesen des Menschen läge — nach Auffassung des Vatikans — jenseits der einseitigen Schau der nichtkirchlichen Sozialisten (sic), und die Menschheitsgeschichte könne ihre Rechtfertigung nur in Gott dem Schöpfer finden, weshalb das öffentliche Leben auf keiner anderen Grundlage errichtet werden könne als auf den göttlichen Geboten der Liebe zu Gott und zu den Nächsten.

In der Tat sei der Mensch nach christlicher Lehre ein Geschöpf Gottes, und — so fügt der Autor hinzu — in ihrer Gesamtheit bilden die Menschen eine große göttliche Familie. Da Gott der Vater *aller* Menschen ist, müsse sich die christliche Nächstenliebe allumfassend auf *alle* Menschen erstrecken, so daß wir uns auch der Irrenden in Liebe anzunehmen hätten und keinen Haß gegen sie hegen. In der wiederholten Hervorhebung dieser Liebespflicht *allen* Menschen gegenüber kommt der Vorwurf ans Licht, den der Verfasser, hierin mit den „nichtkirchlichen Sozialisten“ einig, an das Oberhaupt der Römischen Kirche richten zu müssen meint. Das Verhalten des Vatikans — so etwa die gegen den Kommunismus gerichteten Dekrete Pius' XII. — bedeutet ihm einen Bruch der allgemeinen christlichen Liebe zu den Menschen. Aber er übersieht geflissentlich oder kann es wegen mangelhafter

Information nicht wissen, daß sich Pius XII. ausschließlich gegen die christus- und menschenfeindlichen Ideologien und Systeme wandte, nie aber gegen die von ihnen beherrschten Menschen. „Wir wissen die Völker von den Ideologien zu unterscheiden, die ihnen aufgezwungen wurden“, sagte Pius XII. in einer Ansprache vom November 1950. „Wir haben zwar gewisse Ideologien verworfen und verurteilt, aber damit haben wir weder gegen gewisse Völker noch gegen gewisse Staaten als solche gehandelt, sondern wir haben nur von den irrigen Meinungen gewarnt, die den Begriff des ewigen Gottes auf dem Erdkreis auslöschen und den christlichen Glauben zerstören wollen und die sich zur Verwirklichung dieser gottlosen Absicht politischer Parteien bedienen“ (Pius XII., Von der Einheit der Welt, Herder-Bücherei, Bd. 8, S. 85). Gerade im Hinblick auf die Koexistenz hat Pius XII. in seiner Weihnachtsbotschaft von 1954 die einzelnen *Menschen* als die einzig mögliche Basis bezeichnet. „Man hofft tatsächlich, daß die heutige Koexistenz die Menschheit dem Frieden näherbringt. Um aber diese Erwartung zu rechtfertigen, muß es irgendwie eine Koexistenz in der Wahrheit sein. Doch läßt sich aus der Wahrheit eine Brücke zwischen diesen beiden getrennten Welten nur errichten, wenn sie sich auf die in der einen und der anderen Welt lebenden Menschen stützt, nicht aber auf ihre Regierungsform oder gesellschaftlichen Systeme“ (ebd.).

Die Bedeutung des oben nur andeutungsweise referierten Artikels im JMP ist zunächst darin zu erblicken, daß er die kurz zuvor im JMP veröffentlichte recht positive Äußerung des Metropoliten Elias vom Libanon über den heutigen Papst desavouiert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 218) und die bei vielen Orthodoxen vorhandenen Sympathien für die Person des Papstes und etwa vorhandene Tendenzen einer Annäherung an die westliche Schwesterkirche in der Frage der christlichen Einheit zu zerstören sucht. „Christ und Welt“ vom 3. 3. 61 bezeichnete dieses „jüngste Manöver über das Moskauer Kirchenblatt“ als den ersten Versuch, unzeitgemäßen Konfessionshader wiederaufleben zu lassen. In dem zeitlichen Zusammenfallen mit neuen Maßnahmen gegen die katholische Kirche in einigen Ostblockstaaten („Christ und Welt“, 3. 3. 61) zeigt sich ein direkter Zusammenhang mit der allgemeinen Sowjetpolitik. Hierbei gewinnt die Persönlichkeit des Autors erhöhte Bedeutung. Es ist dies der erste Artikel, mit dem sich A. F. Schischkin, nach der von uns gemeldeten personellen Umbesetzung im Moskauer Patriarchat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 216) der neue verantwortliche Redakteur des JMP, auf den Seiten dieser Zeitschrift in seiner neuen Eigenschaft zu Worte meldet. Tendenz und Bedeutung jenes personellen Revirements sind somit zu einem Teil einsichtbar geworden. Es hat nicht den Anschein, daß die von A. F. Schischkin vertretene Linie diejenige des Patriarchen ist. Man muß annehmen, daß auch in der Frage der Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen und hinsichtlich des Problems der christlichen Wiedervereinigung innerhalb des Moskauer Patriarchats zwei entgegengesetzte Richtungen bestehen. Blättert man im Novemberheft des JMP einige Seiten weiter, findet man in einem Aufsatz des Exarchen für Mitteleuropa, Bischof Johannes, Worte des Patriarchen Alexius, die von einem ganz anderen Geist zeugen als die von A. F. Schischkin heraufbeschworenen antirömischen Vorurteile und Ressentiments.

Ungeklärt bleibt jedenfalls für den ausländischen Beobachter, inwieweit Schischkin mit seiner antirömischen

Polemik direkte Aufträge des politischen Regimes erfüllt oder ob sich hier, begünstigt durch die sowjetische Politik, latent in der Orthodoxie vorhandene antiwestliche und antirömische Tendenzen melden, die in letzter Zeit zurückgehalten worden waren. „Christ und Welt“ meldete aus Rom, man sei in vatikanischen Kreisen der Auffassung, daß der Angriff des Moskauer Patriarchats gegen die Römische Kirche nur unter schwerem Druck zustande gekommen ist.

## Aus der totalitären Welt

**Thesen der Ost-CDU** Am 26. Januar 1961 erschienen im **über ihre kultur-** Zentralorgan der Ost-CDU „**politische Arbeit**“ Zeit“ unter der Überschrift „Für eine sozialistische Nationalkultur“ Thesen zur kulturpolitischen Arbeit dieser pseudo-christlichen Partei. Diese Thesen sind ein weiterer Beweis für die völlige Einfügung und Unterordnung der Ost-CDU unter den Willen der kommunistischen Staatspartei. Während im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens die Ost-CDU im wesentlichen vor allem in politischen Fragen zum stetigen Nachgeben gezwungen war, wird sie seitdem selbst in weltanschaulichen Fragen sowie in allen kulturellen Problemen genötigt, von der Verteidigung ihres eigenen Standpunktes abzugehen, ja jeden Vorbehalt gegen die kommunistische Politik auf allen Gebieten aufzugeben. Die Ost-CDU soll nach dem Willen der kommunistischen Machthaber keinerlei Widerstand gegen die Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution und der Revolution auf dem Gebiet der Ideologie leisten, ja sie soll, soweit wie irgend möglich, ohne ganz ihre Scheinphysiognomie als „christliche“ Partei zu gefährden, die kommunistische Kulturrevolution unterstützen. Der Zustimmung der Ost-CDU zur Jugendweihe seit dem Jahre 1957/58, der Anerkennung des dialektischen Materialismus als fortschrittlichster Wissenschaft folgte nun auch auf kulturellem Gebiet eine völlige Kapitulation, ja das aktive Eintreten der Ost-CDU-Führung für die kommunistische Kulturpolitik.

### Der „gesellschaftliche Auftrag“ der Ost-CDU

Das Dokument über den „gesellschaftlichen Auftrag“ der Ost-CDU lautet folgendermaßen:

„Der gesellschaftliche Auftrag der Christlich-Demokratischen Union besteht darin, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse die christliche Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auf den Sieg des Sozialismus und auf den konsequenten Kampf gegen die Atomkriegspolitik des klerikalen Militarismus zu orientieren. Zu diesem gesellschaftlichen Auftrag gehört auch die Aufklärung der Christen in der Bundesrepublik über das Wesen der nationalen Politik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates mit dem Ziel, ihre Kräfte für das Ringen um die Verständigung der Deutschen untereinander, für die Konföderation und damit die Wiedergeburt unserer Nation in einem demokratischen und friedliebenden gesamtdeutschen Staat zu gewinnen.“

In dieser Aufgabenstellung ist klar die Handlangerrolle der Ost-CDU gegenüber der kommunistischen Partei- und Staatsführung ausgedrückt. Die Christen sollen unter Verzicht auf elementare Rechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit sich willig in den kommunistischen Staat einfügen und diesen atheistischen Weltanschauungsstaat noch aktiv unterstützen, ja darüber hinaus sogar für dessen Ausbreitung in die Bundesrepublik wirken.